

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Juni 2009 N° 4
ISSN 1865-701X

Zwischen Distanz und Annäherung – Sarkozy, Obama und der Rhythmus der französisch- amerikanischen Beziehungen

von Nicolas Vaicbourdt



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen
mit freundlicher Unterstützung der

Robert Bosch **Stiftung**

Redaktion:

Claire Demesmay, Katrin Sold

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2009 DGAP

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

Zusammenfassung / Summary

Nicolas Vaicbourdt

Zwischen Distanz und Annäherung – Sarkozy, Obama und der Rhythmus der französisch-amerikanischen Beziehungen

- Die bilateralen Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten sind seit den Anfängen der Fünften Republik durch einen stetigen Wechsel von Phasen der Distanz und der Annäherung gekennzeichnet.
- Entgegen den gaullistischen Traditionen vertritt Staatspräsident Sarkozy eine amerikafreundliche Haltung, die in der Unterstützung amerikanischer Positionen ebenso deutlich wird wie auf personeller Ebene.
- Trotz des daraus resultierenden Versuchs einer Annäherung bleiben die Haltungen beider Länder in zentralen außenpolitischen Fragen von nationalen Interessen geprägt, die häufig nach wie vor im Widerspruch zueinander stehen.
- Eine Annäherung unter Wahrung der nationalen Interessen ist daher entscheidende Voraussetzung für die Realisierung eines multilateralen Ansatzes, den beide Länder unter den aktuellen Präsidenten Obama und Sarkozy verfolgen.

Between Distance and Rapprochement—Sarkozy, Obama and the Rhythm of the French-American Relations

- Since the beginnings of the French Fifth Republic, bilateral Franco-American relations have been marked by their continuous alternating phases of distance and rapprochement.
- Contrary to Gaullistic traditions, President Sarkozy's pro-American standpoint as much is articulated in his support of American positions as it takes place on a personal basis.
- In spite of the resulting attempt of a rapprochement, both countries tie central questions of external relations to their national interests which often still conflict with each other.
- Reaching a rapprochement which respects national interests thus is a decisive prerequisite for both the current Presidencies of Obama and Sarkozy to realize the multilateral approach they strive for.

Inhalt

Traditionell komplexe Beziehungen	5
Die Irak-Krise des Jahres 2002.....	7
Auf dem Weg zu einer französisch-amerikanischen Versöhnung	8
»Sarkozy, der Amerikaner«.....	9
Anmerkungen	13

Zwischen Distanz und Annäherung – Sarkozy, Obama und der Rhythmus der französisch-amerikanischen Beziehungen

Nicolas Vaicbourdt

Die Wahl Barack Obamas zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika hat das Bild von den USA in der Welt grundlegend verändert. Sie hat sowohl in Frankreich als auch in anderen Ländern eine Welle der Sympathie ausgelöst, deren Ausmaß mit dem des Antiamerikanismus vergleichbar ist, der zu Zeiten von Obamas Amtsvorgänger George W. Bush herrschte. Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy hat aus seiner – in der politischen Tradition Frankreichs äußerst seltenen – amerikafreundlichen Haltung nie einen Hehl gemacht. Zahlreiche Beobachter erwarteten daher vor allem nach der Krise angesichts des Irakkriegs im Jahr 2003 eine deutliche Intensivierung der bilateralen Beziehungen. Nachdem die neue amerikanische Administration nun mehr als vier Monate im Amt ist, zeichnet sich allerdings ab, dass die Übereinstimmungen zwischen den Positionen der beiden Präsidenten weniger deutlich ausfallen als angenommen. Auf diplomatischer Ebene wurde die bereits zu Beginn der Amtszeit von Nicolas Sarkozy in die Wege geleitete Annäherungspolitik nicht intensiviert. Vielmehr ist die aktuelle französische Politik Teil eines bereits eingeleiteten, wenn auch nunmehr mit größerem und sichtbarerem Engagement betriebenen Versöhnungsprozesses, der bereits nach der Irak-Krise angestoßen wurde und zu traditionellen Formen der Kooperation zurückführen soll. In diesem Zusammenhang stellt sich daher die Frage nach dem tatsächlichen Einfluss der politischen Persönlichkeiten beider Länder und nach ihrem Beitrag zur Vertiefung der bilateralen Beziehungen, die stark von länderspezifischen Interessen bestimmt werden, während zugleich beide Länder im internationalen Rahmen eine herausragende Position für sich beanspruchen. Zumindest seit der Gründung der Fünften Republik scheinen die französisch-amerikanischen Beziehungen einem spezifischen Rhythmus zu folgen: Auf eine Phase großen Engagements für privilegierte Bezie-

hungen folgen in regelmäßigen Abständen Zeiten der Konfrontation.

Traditionell komplexe Beziehungen

Die turbulenten und in jeder Hinsicht leidenschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika scheinen seit Beginn der Fünften Republik einer festen Regel zu folgen. Mit jedem neuen Präsidentschaftsmandat wird auch ein neuer Anlauf in den bilateralen Beziehungen unternommen, die unter den jeweiligen Amtsvorgängern herrschenden Spannungen abzubauen: Es war eine erklärte Absicht Charles de Gaulles im Jahr 1958, die seit der Suez-Krise (1956) herrschenden Spannungen beizulegen. Doch sein Wunsch, für das Nordatlantische Bündnis (NATO) ein Dreierdirektorium einzurichten, scheiterte an der offensichtlichen Zurückhaltung des damaligen amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower. Auf der anderen Seite erwies sich Charles de Gaulle im Jahr 1962 im Zuge der Kuba-Krise zwar als verlässlicher Bündnispartner, stand jedoch John F. Kennedys Plänen für eine Multilaterale Atomstreitmacht (MLF) ablehnend gegenüber. Auch zu Präsident Lyndon B. Johnson stand er in ständiger Opposition, insbesondere in Bezug auf die Politik in Südostasien und im Mittleren Osten. Im Jahr 1966 schließlich überschritt er den Rubikon und verließ als Zeichen der Unabhängigkeit Frankreichs von den Vereinigten Staaten die militärische Struktur der Organisation des Nordatlantischen Bündnisses. Der amerikanische Präsident Richard Nixon und sein Außenminister, Henry Kissinger, bemühten sich, ganz frankophile Pragmatiker, die Beziehungen zu verbessern, und erkannten Frankreichs geistige Unabhängigkeit innerhalb des westlichen Lagers an.¹ Georges Pompidou wusste dies zu schätzen, brach mit der Haltung de Gaulles

in den bilateralen Beziehungen und setzte sich für freundschaftliche Beziehungen zu den USA ein. In einigen Bereichen, darunter dem der geheimen militärischen Zusammenarbeit im nuklearen Bereich, schien sogar eine stillschweigende Übereinstimmung zu herrschen. Das hinderte den französischen Präsidenten allerdings nicht daran, sich Kissinger und Nixon im Zusammenhang mit dem Europa-Jahr 1973 und dem amerikanischen Vorhaben einer neuen Atlantischen Charta entschieden zu widersetzen.

Valéry Giscard d'Estaing begann seine Amtszeit, indem er der a priori von antiamerikanischen Zügen geprägten Politik seiner Vorgänger eine klare Absage erteilte. Die von ihm angestrebte Annäherung an die Vereinigten Staaten fand in einer effizienten Arbeitsbeziehung mit Gerald Ford und später mit Jimmy Carter ihren Ausdruck. In den letzten Jahren seines Mandats geriet er jedoch trotz seiner grundsätzlichen Befürwortung enger transatlantischer Beziehungen in Konflikt mit den Vereinigten Staaten, was vor allem mit der Reaktion Washingtons auf den zunehmenden Aktivismus der Sowjetunion nach deren Invasion in Afghanistan zusammenhing. Wie der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt kritisierte er die übertrieben harte Position der USA. Obgleich weniger dramatisch als alle vorausgegangenen Krisensituationen, führte diese Auseinandersetzung erneut zu einer Verschlechterung der französisch-amerikanischen Beziehungen und gleichzeitig zur Wiederbelebung des »couple franco-allemand«, des deutsch-französischen Paares, sowie – in Fortsetzung der Politik seiner gaullistischen Vorgänger – des strategischen Projekts eines vereinigten Europas. François Mitterrand galt zu Beginn seiner Amtszeit im Jahr 1981 als zuverlässiger Bündnispartner Ronald Reagans im »neuen Kalten Krieg«, und doch kam es in der Folgezeit ebenfalls zu Spannungen mit den Vereinigten Staaten. Mitterrands Rede im Januar 1983 vor dem Bundestag, in der er eine gemeinsame westliche Position in der Krise um die Mittelstreckenwaffen befürwortete,² wurde von Washington als äußerst bedeutsam gewertet. Ungeachtet dessen stand er in Widerspruch zur Lateinamerika- und später zur Nahostpolitik der Reagan-Administration und sah sich darüber hinaus mit neuen Spannungen konfrontiert: sowohl in Bezug auf

ökonomische Fragen (im Zusammenhang mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen – GATT) als auch in Bezug auf die strategischen Herausforderungen des Kalten Krieges (insbesondere im Zusammenhang mit der Strategischen Verteidigungsinitiative – SDI). Die ersten Jahre der zweiten Amtszeit Mitterrands waren im Kontext des gerade endenden Kalten Krieges und des ersten Golf-Kriegs zwar von einem vertrauensvollen und konstruktiven Verhältnis zu George Bush geprägt; doch in der großen Auseinandersetzung um eine neue Weltordnung für die Zeit nach dem Kalten Krieg in der ersten Hälfte der neunziger Jahre traten die bekannten Meinungsunterschiede wieder zutage. Angesichts der erwarteten Schwierigkeiten während des Mandats eines Präsidenten, der keineswegs als transatlantisch orientiert und noch weniger als amerikafreundlich galt und der anfangs zusätzlich durch das Gemeinsame Programm an die Kommunistische Partei gebunden war, stellten die beiden Amtszeiten François Mitterrands eine beinahe »anormal« erscheinende Phase der Stabilität in den bilateralen Beziehungen Frankreichs zu den USA dar.

Die Rückkehr eines Gaullisten ins Präsidentenamt nach zwei Jahrzehnten ständigen politischen Wechsels veränderte diese Pendelbewegung der bilateralen Beziehung kaum, sondern erhöhte lediglich den Pendelausschlag: Nach der Überwindung des Kalten Krieges und mit Präsident Bill Clinton als Gegenüber, der seinen multilateralen Absichten wiederholt Ausdruck verlieh, ohne sie allerdings immer in die Tat umsetzen zu können, leitete Jacques Chirac während seiner ersten Amtszeit die Normalisierung der Beziehungen Frankreichs zur NATO ein und engagierte sich für einen Neuanfang in den Beziehungen zwischen Frankreich und den USA. Bereits im Jahr 1997 geriet diese Initiative allerdings durch einen Streit über die Verteilung der NATO-Regionalkommandos und die Feststellung, dass die USA die von Frankreich als Voraussetzung für seine volle Integration in die NATO geforderte grundlegende Umgestaltung des Atlantischen Bündnisses ablehnten, ins Stocken. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Paris und Washington wurden dadurch allerdings nicht in Frage gestellt. Auch die Wahl von George W. Bush junior mit seiner – wie oft vergessen wird –

bescheidenen außenpolitischen Agenda brachte für die bilateralen Beziehungen keinen grundlegenden Wandel mit sich. Die Tatsache, dass Jacques Chirac nach dem 11. September 2001 als erster Staatschef nach New York reiste, unterstrich, wie gut es um die bestehenden Beziehungen bestellt war. Nichts wies darauf hin, dass es gerade mal ein Jahr später zur schwersten Krise der französisch-amerikanischen Beziehungen seit 1966 kommen sollte.

Die Irak-Krise des Jahres 2002

In den aufgezeigten bilateralen Krisen lässt sich eine Konstante erkennen: Frankreichs Wunsch nach Anerkennung seiner spezifischen Stellung innerhalb des Atlantischen Bündnisses oder wenigstens seiner Gleichstellung mit Großbritannien, wie sie General de Gaulle im Jahr 1958 in seinem Memorandum offiziell gefordert hatte, oder doch zumindest die Wahrung der Interessen der Europäischen Union, in der Frankreich zum damaligen Zeitpunkt eine herausragende Position innehatte. Gleichzeitig ist festzustellen, dass trotz Kuba-Krise oder Debatte um die Mittelstreckenwaffen Frankreich vom ersten Golf-Krieg an bis zur Zeit nach dem 11. September stets seiner »Solidaritätspflicht« nachkam, wenn die Vereinigten Staaten in einer Krisensituation um ihre nationale Sicherheit fürchteten.

Nach einer ersten Phase der Unterstützung der amerikanischen Operationen in Afghanistan aber zeigten sich schon bald tiefgehende Meinungsverschiedenheiten.³ Unter dem Einfluss der neokonservativen Kräfte innerhalb seiner Administration entschied sich George W. Bush für einen offensiven Kurs und benannte in seiner Rede zur Lage der Nation zu Beginn des Jahres 2002 die »Schurkenstaaten«, die für den Fortbestand der Demokratie in der Welt eine Gefahr darstellten. Im September 2002 folgte der nächste Schritt: Der amerikanische Präsident verkündete eine neue amerikanische Strategie, die auf präventiven Aktionen beruhte und eindeutig das Umdenken der amerikanischen Administration und eine Entscheidung für unilaterales Handeln dokumentierte. Die Tatsache, dass Paris diese Neuausrichtung kritisierte, die im Zeichen des vor allem in fran-

zösischen Intellektuellenkreisen stark verrufenen Diskurses vom »Clash der Zivilisationen« stand, überraschte nicht.

Es scheint eine Ironie der Geschichte zu sein, dass das traditionelle Kräfteverhältnis zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten bald eine unerwartete Wendung nahm. Im Gegensatz zur Suez-Krise im Jahr 1956 positionierte sich Frankreich in der aufziehenden Irak-Krise als Verteidiger des Völkerrechts, während die Vereinigten Staaten nachzuweisen versuchten, dass der Irak unter Saddam Hussein Massenvernichtungswaffen versteckte, mit dem Terroristennetzwerk Al-Khaida privilegierte Beziehungen unterhielt, und deshalb den Sturz seines Regimes planten. In klarer Opposition zur Bush-Administration veranlasste Frankreich im November 2002 im UN-Sicherheitsrat die Annahme einer Resolution, die den Irak aufforderte, die unter der Ägide der UN und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) durchgeführten Inspektionen wieder zuzulassen. Damit verwies Frankreich die Vereinigten Staaten mit ihrer unilateralen Haltung ganz klar in die Schranken. Es bildeten sich zwei Lager: auf der einen Seite die Verfechter eines Militärschlags gegen den Irak und auf der anderen Seite eine Koalition von Ländern, zu der auch Deutschland und Russland gehörten, die sich für eine Fortsetzung der Inspektionen einsetzten. Ungeachtet dieser Lagerbildung aber schien sich die eigentliche diplomatische Krise vornehmlich auf eine französisch-amerikanische Konfrontation zu konzentrieren, die innerhalb der Vereinten Nationen ausgetragen wurde.⁴

Während Europa in der Irak-Frage gespalten war und Antikriegsdemonstrationen durch zahlreiche Großstädte Europas und der übrigen Kontinente zogen, wurde eine Rede Dominique de Villepains vor der Organisation der Vereinten Nationen (UNO), in der er um eine friedliche Lösung der Irak-Krise warb, von Franzosen als symbolischer Sieg der universellen Werte Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten empfunden: eine neue Runde in den bilateralen Auseinandersetzungen schien eröffnet.⁵ Von amerikanischer Seite wurden diese und die nachfolgenden Reden als Beweis dafür gewertet, dass die Vereinigten Staaten in dieser schweren Krise nicht auf die Unterstützung

Frankreichs zählen konnten. Dieser Eindruck einer augenscheinlichen Abkehr wurde durch die Drohung Frankreichs verstärkt, gegen eine mögliche Resolution der Vereinten Nationen zum Eintritt in den Irak-Krieg sein Veto einzulegen. Die französische Diplomatie hatte (vergeblich) versucht, die amerikanische Position in eine andere Richtung zu lenken, was an und für sich nichts Neues war. Als jedoch offensichtlich wurde, dass die Bush-Administration ihre Entscheidung nicht überdenken würde, beharrte Frankreich zum ersten Mal auf seiner Position und zeigte sich überzeugt, sich als Verbündeter und Freund der Vereinigten Staaten Kritik erlauben zu können. Ihrer Niederlage im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen und der so bisher nicht gekannten Spaltung des Atlantischen Bündnisses zum Trotz marschierten die Vereinigten Staaten und die von ihnen gebildete Koalition am 20. März 2003 in den Irak ein.

Zum ersten Mal war der französisch-amerikanische Streit weniger ein Kräftemessen als vielmehr ein Konflikt tiefster unterschiedlicher Sichtweisen auf das internationale System und dessen Entwicklung. Dabei standen sich allerdings nicht nur zwei unterschiedliche Positionen in einer aktuellen Krise gegenüber: eine multilaterale, die Logik des »Clash der Zivilisationen« ablehnende Haltung und eine unilaterale Sichtweise, die eben diesen »Clash« zu befürworten schien. Vielmehr bestand eine Opposition zwischen zwei grundlegenden Ansätzen, wie völlig unabhängig voneinander Dominique de Villepin und Robert Kagan bestätigten. Nach den Worten des französischen Außenministers hatte Frankreich als »die Heimat der Menschenrechte« der Einhaltung des Völkerrechts, der Aufrechterhaltung des Dialogs zwischen den Kulturen und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker den Vorrang gegeben (und war damit der Verpflichtung zur Einmischung nicht nachgekommen, deren Erfolge es einige Jahre zuvor noch im Gleichklang mit Präsident Clinton im Zusammenhang mit dem Balkan-Konflikt gepriesen hatte). Die Vereinigten Staaten von Amerika dagegen hatten eine Herangehensweise vorgezogen, die auf dem Anspruch einer weltweiten Verbreitung der Demokratie aufbaute.⁶ Robert Kagan bestätigte diese Sichtweise auf seine Art in seinem Buch *Macht und Ohnmacht*.⁷ Nach Ansicht Kagens war die Entscheidung Europas

und insbesondere Frankreichs für den multilateralen Ansatz und das Primat des Völkerrechts darin begründet, dass die europäischen Staaten ihren Status als Großmächte verloren hatten und nicht mehr in der Lage waren, internationale Verantwortung zu übernehmen. Damit oblag es den Vereinigten Staaten, nunmehr einziger »Weltpolizist«, die Last ihrer eigenen Stärke und ihrer historischen Verantwortung für den Schutz und die Verbreitung der Demokratie, die das wahre Ziel des Irak-Kriegs bildeten, zu tragen.

Ungeachtet des raschen Sieges der Vereinigten Staaten hinterließ die Krise tiefe Spuren. Auf den aufkommenden Antiamerikanismus in Frankreich reagierte Washington mit Frankophobie (French bashing):⁸ In der Kantine des amerikanischen Senats wurden die French Fries in Freedom Fries umbenannt, die amerikanische Presse wurde in ihren Artikeln immer hemmungsloser und die Bush-Administration ließ ihrem Groll freien Lauf. Der Bemerkung des Verteidigungsministers Donald Rumsfeld über das »alte Europa« im Januar 2003 folgten die Äußerungen von Condoleezza Rice, die ihre Absicht kundtat, »Frankreich zu bestrafen, Deutschland zu ignorieren und Russland zu vergeben«. Die Zeiten, als der einflussreiche Direktor der Tageszeitung *Le Monde*, Jean-Marie Colombani, seinen Leitartikel mit dem Titel »Wir sind alle Amerikaner« veröffentlichen konnte, waren längst vorbei; ein tiefer Graben hatte sich zwischen den beiden Ländern aufgetan.

Auf dem Weg zu einer französisch-amerikanischen Versöhnung

Europa war das Kollateralschicksal der Irak-Krise, es spaltete sich in Transatlantiker und Kriegsgegner. Die berühmte Zurechtweisung der Länder Mittel- und Osteuropas durch Jacques Chirac nach dem »Brief der Acht« und der Erklärung von Vilnius stellte die europäische Diplomatie auf eine harte Probe und isolierte Frankreich zunehmend.⁹ Die transatlantische Kluft hatte so, was niemanden überraschte, auch Auswirkungen innerhalb der Europäischen Union und spaltete sie in das »alte« und das »neue« Europa. Als schließlich der diplomatische und politische Preis den Einsatz zu über-

steigen begann, gelangte Paris zu der Einsicht, dass ein versöhnlicher Ton und die Wiederherstellung einer konstruktiven Beziehung zu den Vereinigten Staaten unabdingbar seien. Diese Haltung kam in der Bereitschaft Jacques Chiracs zum Ausdruck, nach dem offiziellen Ende der Kampfhandlungen im Irak wieder auf die Vereinigten Staaten zuzugehen. An der Beisetzung Ronald Reagans nahmen zwar weder der französische Staatspräsident noch sein Premierminister teil, doch war das Jahr 2004 insgesamt von einer offenkundigen Bereitschaft zur Annäherung geprägt. Anzeichen dafür sah man sowohl auf dem Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten in Dromoland in Irland am 25. und 26. Juni 2004 als auch bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Landung der Alliierten in der Normandie. Diese Annäherung erwies sich als umso notwendiger, als entgegen der Hoffnung einer fast einhelligen öffentlichen Meinung in Frankreich George W. Bush für eine zweite Amtszeit zum Präsidenten der USA gewählt worden war.

Vom amerikanischen Standpunkt aus betrachtet schien die Versöhnung ebenfalls unumgänglich, umso mehr, als die französisch-amerikanische Zusammenarbeit während der diplomatischen Krise ohne Unterbrechung weiter geführt worden war, auch wenn man die Öffentlichkeit beider Länder darüber nicht informiert hatte. Frankreich akzeptierte z. B. schon im Jahr 2003, dass die NATO die Führung innerhalb der Internationalen Schutztruppe für Afghanistan (ISAF) übernahm, in die in umfangreichem Maße französische Kräfte eingebunden waren. In den Jahren 2004 und 2005 bekräftigten Frankreich und die Vereinigten Staaten bei verschiedenen Gelegenheiten ihre gemeinsamen Positionen zum Terrorismus und zum Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, unterstützten das irakische Ersuchen an die NATO zur Unterstützung bei der Aufstellung von Sicherheitskräften und billigten die Bildung einer irakischen Übergangsregierung. Frankreich und die Vereinigten Staaten spielten gemeinsam eine wesentliche Rolle bei der Annahme einer Resolution durch den UN-Sicherheitsrat, die den Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon forderte, und übten erfolgreich Druck auf Syrien aus, sich dieser Aufforderung zu beugen.¹⁰

Die Entwicklung des Irak-Kriegs und die Tatsache, dass keine Beweise für den Besitz von Massenvernichtungswaffen erbracht werden konnten, verstärkten die weltweit spürbaren antiamerikanischen Ressentiments. Hinzu kam, dass mit der nach einer Präsidentschaftswahl üblichen Neubesetzung der Ämter der Einfluss der Neokonservativen in der Bush-Administration zurückging, die angesichts der Situation eine zunehmend multilaterale Haltung annahm. Entscheidend für eine Wiederherstellung gesunder Beziehungen zu Europa und innerhalb des Atlantischen Bündnisses war eine Versöhnung mit Frankreich – unabhängig von der Tatsache, dass das Ansehen des französischen Präsidenten Chirac durch dessen aufeinander folgende Niederlagen sowohl beim Referendum zum Entwurf eines europäischen Verfassungsvertrags als auch bei den Kommunalwahlen und bei der Durchsetzung seiner Reformen gelitten hatte. Der neue diplomatische Kurs erwies sich als umso notwendiger, als die Schwierigkeiten und der Popularitätsverlust für die Bush-Administration immer gravierender wurden. Abgesehen von der generell notwendigen kontinuierlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden zentralen Ländern des Atlantischen Bündnisses stellt sich jedoch die Frage, ob diese Versöhnung, die von zwei politisch geschwächten Präsidenten angeregt und von spezifischen Situationen bedingt war, im Zuge der gegenwärtigen politischen Veränderungen auf beiden Seiten des Atlantiks wirklich einen grundsätzlich neuen Ton in den Beziehungen herbeiführen kann.

»Sarkozy, der Amerikaner«

Nicolas Sarkozy hatte sich schon während der Wahlkampagne als »candidat de la rupture« (Kandidat des Bruchs mit dem Bestehenden) präsentiert. Nach seiner Wahl zum Präsidenten machte er umgehend deutlich, dass er in Bezug auf die transatlantischen Beziehungen nicht nur mit der Politik seines Amtsvorgängers, sondern mit der Tradition der Fünften Republik insgesamt zu brechen gedachte. Schon als Innenminister in der Regierung de Villepin hatte Nicolas Sarkozy im September 2006 eine seiner Reisen in die Vereinigten Staaten dazu genutzt, um George W. Bush und die künftigen Kandidaten bei den amerikanischen

Präsidentenwahlen, Barack Obama und John McCain, zu treffen. Er bezog während dieser Reise eindeutig Position gegen die Politik der Jahre 2002 bis 2003 und verurteilte die von Frankreich vor den Vereinten Nationen vorgebrachte Vetodrohung. In einer vor den Daughters of the American Revolution in Washington gehaltenen Rede zum Gedenken an die Anschläge des 11. September brachte der künftige Präsidentschaftskandidat seine Überzeugung von der unerschütterlichen französisch-amerikanischen Freundschaft und seine persönliche Verbundenheit mit den Vereinigten Staaten zum Ausdruck und brüstete sich damit, in Frankreich »Sarkozy, der Amerikaner« genannt zu werden.

Sein Einzug in den Élysée-Palast tat seiner proatlantische Haltung keinen Abbruch, und dies ungeachtet der Meinung der französischen Öffentlichkeit, die der Bush-Administration nach wie vor ablehnend gegenüber stand, sowie sämtlichen gaullistischen und oppositionellen Tempelhütern zum Trotz. Sarkozy blieb seiner demonstrativen Politik treu und ernannte Jean-David Levitte zu seinem diplomatischen Berater, der von 2003 bis 2007 Botschafter Frankreichs in den Vereinigten Staaten gewesen war und als eifriger Akteur der bilateralen Versöhnung galt. Als einen weiteren Bruch mit traditionellen Gepflogenheiten stattete Sarkozy dem amerikanischen Präsidenten Bush einen »privaten« Urlaubsbesuch in dessen Residenz in Kennebunkport ab. Der Herbst 2007 stand im Zeichen aufrichtiger, doch eigentlich bereits überflüssig gewordener Sympathiebekundungen, als sich Außenminister Bernard Kouchner (NATO-Befürworter und 2003 Unterstützer der Vereinigten Staaten), Premierminister François Fillon und der Präsident persönlich als »Versöhnungsdiplomaten« abwechselnd in Washington aufhielten. Bernard Kouchner betonte im September das »außergewöhnliche Verhältnis zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten«, und der französische Präsident war in einer mit herzlichem Applaus belohnten Rede vor dem Kongress im November 2007 voll des Lobes für Amerika und verlieh seiner Entschlossenheit Ausdruck, die Krise von 2003 ein für allemal zu beenden. Dabei achtete auch er darauf, die von de Gaulle aufgestellten Prinzipien nicht anzutasten, und erinnerte daran, dass Frankreich

»ein aufrechter Freund, ein unabhängiger Verbündeter (und) ein freier Partner« sei.¹¹

De facto jedoch änderte sich – ungeachtet der offensichtlichen Annäherung Frankreichs an die Vereinigten Staaten – im Vergleich zur Vorgängerregierung wenig in der Behandlung der zentralen Themen der Außenpolitik. Symbolisch stellte Präsident Sarkozy als offensichtliche Reaktion auf die Forderungen der Bush-Administration den vom Präsidentschaftskandidaten Sarkozy angekündigten Abzug der französischen Truppen aus Afghanistan wieder in Frage. Gleichzeitig verschärfte er den Ton, mit dem er die nuklearen Ambitionen des Iran verurteilte, womit Frankreichs offizielle Haltung sich stärker der amerikanischen als der seiner europäischen Partner annäherte.¹² Und doch blieb in der hoch symbolischen Irak-Frage die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten begrenzt, obwohl Bernard Kouchner im August 2007 Bagdad den ersten offiziellen Besuch eines französischen Außenministers seit 1988 abstattete. Nach dem mit dem Irak im November 2005 unterzeichneten bilateralen Abkommen zum Schuldenabbau unterzeichnete Frankreich nunmehr ein Programm zur Unterstützung des Irak bei der Ausbildung von Führungskräften. Die gemeinsamen Programme zur Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung werden gegenüber der Öffentlichkeit zwar sehr diskret behandelt, scheinen aber effizient weiterzulaufen.

Zugleich aber ist es Präsident Sarkozy ein großes Anliegen, seine Vorstellungen in Bezug auf »eine größere Glaubwürdigkeit« Frankreichs, auf »einen erweiterten Handlungsspielraum und eine verstärkte Einflussmöglichkeit innerhalb und außerhalb seiner [westlichen] Familie« zu vermitteln, sowie seinem Wunsch Ausdruck zu verleihen, »die Großmächte neu zusammenzuführen und eine multipolare Welt zu errichten, in der sich die Europäische Union, wenn sie es nur wollte, nach und nach zu einem der aktivsten Pole entwickeln könnte«.¹³ Dieser Rede hätte der Haltung keiner seiner Amtsvorgänger widersprochen und sie rechtfertigt darüber hinaus sämtliche Vorbehalte gegenüber der amerikanischen Übermacht. So zögert Frankreich nicht, mit Staaten wie Venezuela, Libyen und Syrien in Kontakt und Verhandlung zu treten und deren Staatsoberhäupter, die als den USA nicht wohlge-

sonnen gelten, einen nach dem anderen zu Staatsbesuchen zu empfangen. Auch in europäischen Angelegenheiten ließ sich Präsident Sarkozy nicht davon abhalten, wider amerikanische Interessen zu handeln: So sprach er sich entschieden gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus (eines der bevorzugten Themen Washingtons) und unterstrich seine Vorbehalte gegenüber einer NATO-Erweiterung und der von Moskau als zu aggressiv empfundenen Raketenabwehrstrategie Washingtons. Das französische Programm für die europäische Ratspräsidentschaft konnte zwar nicht alle Versprechungen erfüllen, es ließ aber den Wunsch nach einem kontinuierlichen französischen Engagement erkennen sowie die Absicht, Europa zu einem ernst zu nehmenden internationalen Akteur zu entwickeln. Unter diesem Aspekt ist Frankreichs zentrale Rolle als Koordinator einer europäischen Position im Zuge der Finanzkrise im Sommer 2008 anlässlich der Treffen in New York und London zu sehen. Während des gesamten Jahres 2008 unterstrich das französische Engagement den Willen zu einer Rückkehr sowohl nach Europa als auch auf die internationale Bühne, und dies auf dem Weg des traditionell von der Fünften Republik verteidigten multilateralen Ansatzes.

Sogar bei der Rückkehr Frankreichs in die integrierten Kommandostrukturen der NATO, mit der Präsident Sarkozy seine transatlantische Orientierung symbolisch unterstreichen wollte, wird dieses Paradox offenbar. Dieses Projekt ist nicht grundsätzlich neu. Jacques Chirac und Bill Clinton hatten diesen Prozess bereits 1995 in Gang gesetzt, ihn dann aber 1997 wegen der Kohabitation mit der sozialistischen Regierung Jospin und wegen der Zurückweisung der von Jacques Chirac gestellten Bedingungen gestoppt: Der französische Präsident hatte verlangt, dass das NATO-Südkommando einem französischen General übertragen werde. Ungeachtet dessen kehrte Frankreich 1995 in das Militärische Komitee, die höchste, sämtliche Oberkommandierenden der Mitgliedsländer vereinende militärische Instanz des Bündnisses, zurück. Die Rückkehr in die integrierten NATO-Kommandostrukturen war letztlich im September 2007 von Nicolas Sarkozys Verteidigungsminister Hervé Morin erneut angekündigt und auf dem Bukarester Gipfel im April sowie anschließend im Juli 2008

durch das Weißbuch der Verteidigung bestätigt worden. Diese Rückkehr nach 43 Jahren wurde auf dem in Straßburg und Kehl stattfindenden Gipfeltreffen aus Anlass des 60. Jahrestages der NATO-Gründung offiziell bekannt gegeben. Die vollständige Rückkehr Frankreichs in die NATO beinhaltet jedoch weder die völlige Abkehr von der Politik der Fünften Republik noch das absolute Umschwenken in Richtung NATO. Denn ungeachtet der Tatsache, dass dieser Rückkehrprozess in Wirklichkeit noch nicht stattgefunden hat, gilt dessen Vollendung nicht als Ziel an sich, sondern als notwendige Etappe auf dem Weg zu einem starken Europa der Verteidigung, wobei die europäische Verteidigungspolitik ebenfalls von einer Erneuerung der NATO profitieren würde. Nicolas Sarkozy hatte seine Gleichung bereits aufgestellt, als er vor dem amerikanischen Kongress erklärte, dass »je mehr sich das Europa der Verteidigung vollende, desto entschlossener Frankreich seinen Platz in der NATO einzunehmen gedenke«.¹⁴ Dieser Umstand erklärt vielleicht das geringe Echo, das diese kopernikanische Wende der französischen Diplomatie auf dem Gipfeltreffen fand.

All dies gilt, solange in dieser Phase der Annäherung keine neue Größe ins Spiel kommt. Der Ton in den bilateralen Beziehungen ist seit der Amtsübernahme Nicolas Sarkozys in der Tat herzlicher geworden, allerdings ist dies nicht zuletzt ein Ergebnis kontinuierlicher Bemühungen um Versöhnung zwischen Jacques Chirac und George W. Bush. Die Rückkehr in die NATO war bereits unter diesem amerikanischen Präsidenten ausgehandelt und angekündigt worden. Frankreich, das Bush und den Republikanern gegenüber eine ausgesprochen feindselige Haltung an den Tag gelegt hatte, nahm die Wahl Barack Obamas mit Begeisterung auf und stellte mit großem Interesse fest, dass in der neuen Administration zahlreiche frankophile Mitarbeiter zu finden waren, wie z. B. der Berater für nationale Sicherheit James L. Jones, der in Frankreich gelebt hatte, und der Assistant Secretary of State for European and Eurasian Affairs Phillip Gordon, zugleich Übersetzer der letzten Bücher von Hubert Védrine und Nicolas Sarkozy. Die Beziehungen zwischen den beiden Präsidenten scheinen jedoch nicht so herzlich zu sein wie die zwischen Nicolas Sarkozy und George W. Bush.

Selbst die französische Presse musste schließlich feststellen, dass es Präsident Obama anscheinend nicht sonderlich eilig hatte, seinen französischen Amtskollegen zu treffen, denn trotz zahlreicher Ankündigungen fand der erste offizielle Besuch Obamas erst anlässlich des Jahrestages der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni 2009 statt. Auch in Bezug auf die großen Themen, die seit der Wahl Obamas auf der Agenda stehen, wird diese Haltung deutlich: So widersetzte sich Frankreich ebenso wie andere Staaten der amerikanischen Aufforderung, sich in Afghanistan stärker militärisch zu engagieren, und schränkte damit die Tragweite seiner vollständigen Wiedereingliederung in die NATO wieder ein. Auch sprach sich Nicolas Sarkozy ungeachtet der Stellungnahmen von Präsident Obama während des Prager Gipfeltreffens und während seiner Türkei-Reise zweimal offiziell und entschieden gegen einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus. Andere bedeutende Maßnahmen des amerikanischen Präsidenten wie die angekündigte Schließung des Gefangenenlagers auf Guantanamo (die von französischer Seite mit dem Versprechen unterstützt wird, ehemalige Häftlinge aufzunehmen) oder die Vorstöße in Bezug auf das Kyoto-Protokoll lösten keine besonderen Reaktionen der französischen Regierung aus. Ebenso wenig reagierte Frankreich bislang auf die in Prag geäußerten Vorschläge des Präsidenten Obama zur nuklearen Abrüstung, obwohl das französische Atomwaffenarsenal, die »Force de frappe«, einen der Eckpfeiler der französischen Sicherheitspolitik und eine tragende Säule für Frankreichs Position auf der internationalen Bühne darstellt.

Betrachtet man die von Nicolas Sarkozy initiierte Phase der bilateralen Annäherung in der historischen Perspektive seit 1958, erscheint sie in einem durchaus klassischen Licht. Diese Annäherung beruht auf den Wünschen des ersten offen amerikafreundlichen Präsidenten der Fünften Republik und wird gestützt von der extremen Popularität des amerikanischen Präsidenten Obama und von den Hoffnungen, die dessen Führungsstil weckt. Und doch wird die amerikanische Politik auch künftig von nationalen Interessen bestimmt bleiben, so multilateral sie auch ausgerichtet sein mag. Im Gegensatz zu Frankreich, wo die Wunschvorstellung von einem völlig eigenständigen außenpoli-

tischen Ressort Realität geworden ist, bildet in den Vereinigten Staaten ein Kräftemessen zwischen dem Präsidenten und dem amerikanischen Kongress den Rahmen und bestimmt den Fortgang des nationalen politischen Lebens. Am Ende der berühmten ersten einhundert Tage der Amtszeit des amerikanischen Präsidenten ist es schwierig zu beurteilen, wie die diplomatische Realität Amerikas künftig aussehen wird. Der Regierungsstil des Präsidenten wird bei ihrer Gestaltung mit Sicherheit eine Rolle spielen. Es sei jedoch daran erinnert, dass auch während der Amtszeit des sehr populären und multilateral eingestellten Präsidenten Clinton Amerika nicht auf seine primären Interessen verzichtete und in Frankreich mitunter Verärgerung auslöste, sodass gerade in dieser Zeit der Begriff der amerikanischen »hyperpuissance« geprägt wurde.

Ein halbes Jahrhundert lang war der Einfluss Frankreichs in der Welt und insbesondere innerhalb des Atlantischen Bündnisses an seine Rolle als von den USA unabhängiger Bündnispartner gekoppelt. Die Rückkehr in die NATO eröffnet nunmehr ein neues Kapitel, das stärker auf Anpassung ausgerichtet ist. Zugleich ist damit die Hoffnung auf größere französische Einflussmöglichkeiten innerhalb des Bündnisses sowie auf ein europäisches Verteidigungsprojekt verbunden, dem der französische Argwohn gegenüber den USA in der Vergangenheit im Weg stand. Daneben bleibt anzumerken, dass die Rückkehr in die NATO-Strukturen in der Realität weder die frühere Präsenz vergessen lässt noch die Tatsache ändert, dass der Einfluss Frankreichs auch weiterhin begrenzt bleibt. Diese neuerliche Phase bilateraler Annäherung wird aber wohl kaum von der historischen »Regel« der letzten fünfzig Jahre abweichen: Dies bedeutet, dass in dem Moment, in dem die Interessen beider Länder miteinander in Konflikt geraten werden – was vermutlich bei kommenden Krisen, die klare Positionen erfordern, der Fall sein wird –, sich die Entwicklungen der Beziehungen seit 2007 der Realität stellen werden. Unter diesem Aspekt erscheint die Rede Bernard Kouchners, die er zu Beginn seiner Amtszeit gehalten hatte, in einem ganz neuen Licht und lässt die von Nicolas Sarkozy gewünschte, langfristige Entwicklung erahnen: »Die schlimmsten Krisen in den transatlantischen Beziehungen im Allgemeinen und

in den französisch-amerikanischen Beziehungen im Besonderen haben die transatlantischen Beziehungen selbst nie beeinträchtigt, sondern hatten stets Auswirkungen auf den Rest der Welt.«¹⁵ Derzeit ist festzustellen, dass von beiden Ländern ausgehend verstärkt Bewegung in die Beziehungen kommt. Präsident Sarkozy hatte sich dafür entschieden, sich dem Amerika George W. Bushs anzunähern, ohne die traditionellen Ziele Frankreichs und seine Vorstellung vom internationalen System in Frage zu stellen. Im Gegenzug veränderte der neue amerikanische Präsident Obama sowohl den Ton als auch die Methoden der amerikanischen Diplomatie grundlegend (indem er Guantanamo schloss

und versuchte, mit dem Iran in einen Dialog zu treten). Hat er damit die Ziele der amerikanischen Diplomatie in Frage gestellt? Beide Länder zeigen heute das gleiche Engagement für den multilateralen Ansatz. Die Entwicklung der bilateralen Beziehung wird von der Entschlossenheit bzw. der Fähigkeit beider Präsidenten abhängen, ihre persönlichen Visionen und die jeweiligen Interessen ihrer Länder miteinander in Einklang zu bringen.

Nicolas Vaicbourdt ist Maître de conférences und stellvertretender Direktor des Fachbereichs Sprachen an der Universität Cergy-Pontoise; Übersetzung: ECHOO Konferenzdolmetschen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Maurice Vaisse, *La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958*, Paris 2009.
- 2 Rede am 20.1.1983, in: *Europa-Archiv*, Nr. 5/1983, S. D 145–155.
- 3 Zumindest ab September 2001, als Frankreich turnusgemäß den Vorsitz im Sicherheitsrat der UN innehatte und in Abstimmung mit Washington eine Resolution vorbereitete, in der Washington der rechtmäßige Verteidigungsfall und das Recht auf einen Gegenschlag zuerkannt wurde.
- 4 Einen zuverlässigen und informierten Bericht über die französisch-amerikanische Krise von 2003 und ihre Auswirkungen findet man bei Henri Vernet und Thomas Cantaloube, *Chirac contre Bush. L'autre guerre*, Paris 2004, eine transatlantische Perspektive bei Philip H. Gordon und Jeremy Shapiro, *Allies at War: America, Europe and the Crisis over Iraq*, New York, NY, 2004.
- 5 Rede vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Irak, 14. Februar 2003, in Dominique de Villepin, *Un autre monde. Discours, interventions et débat*, Paris 2003, S. 73–80.
- 6 Vgl. insbesondere die Rede Dominique de Villepins vom 19. März 2003 vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum Irak, in: Villepin, op. cit., S. 100–105.
- 7 Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*, Berlin 2003.
- 8 Zu den Triebfedern des Antiamerikanismus in Frankreich vgl. die wichtige Arbeit von Philippe Roger, *L'ennemi américain. Généalogie de l'antiaméricanisme français*, Paris 2002.
- 9 Am 30. Januar 2003 verfassten Dänemark, Spanien, Großbritannien, Ungarn, Italien, die Tschechische Republik, Portugal und Polen den »Brief von acht Ländern Europas für eine Einheitsfront gegenüber dem Irak«, der die am 5. Februar 2003 von Albanien, Bulgarien, Kroatien, Estland, Lettland, Litauen, Mazedonien, Rumänien, der Slowakei und Slowenien unterzeichnete Erklärung der Länder der Vilnius-Gruppe nach sich zog, Präsident Chirac warf daraufhin den neuen Mitgliedern ohne Umschweife einen Mangel an Solidarität mit Europa vor, wobei er lautstark erklärte, »sie hätten besser daran getan zu schweigen«.
- 10 Für eine Darstellung und Analyse dieses Annäherungsprozesses vgl. Frédéric Bozo und Guillaume Parmentier, *France and the United States: Waiting for Regime Change*, in: *Survival*, Nr. 1/2007, S. 181–198.
- 11 Rede Nicolas Sarkozys vor dem Kongress der Vereinigten Staaten, Washington, DC, 7. November 2007, über: <<http://www.elysee.fr>>.
- 12 Im April 2008 kündigte Frankreich die Verstärkung seiner ISAF-Truppen an und erhöhte das französische Kontingent auf 3000 Mann (von insgesamt 70 000). Anfang August 2008 übernahm Frankreich dann das Kommando über die in der Region von Kabul stationierten NATO-Kräfte. Ungeachtet der zehn am 19. August 2008 gefallenen französischen Soldaten bestätigte Nicolas Sarkozy die Notwendigkeit, die französische Präsenz in Afghanistan zu erhalten, um den aufständischen Aktionen der Taliban Einhalt zu gebieten.
- 13 Nicolas Sarkozys Neujahrsansprache an das Diplomatische Corps, Paris, 18. Januar 2008, über: <<http://www.elysee.fr>>.
- 14 Rede Nicolas Sarkozys vor dem Kongress der Vereinigten Staaten, Washington, 7.11.2007 (vgl. Anm. 11).
- 15 Vgl. Rede des französischen Außenministers Bernard Kouchner, im Center for Strategic and International Studies, Washington, DC, gehalten am 20. September 2007.